

Konrad Adenauer Zum 125. Geburtstag*

Von Fritz Hellwig

Herr Oberbürgermeister! Verehrte Familie Adenauer! Sehr geehrte Damen und Herren der Kölner Stadtverordnetenversammlung! Meine Damen und Herren! Sie haben einem Zeitzeugen das Wort gegeben. Er soll zu dem Leben und Werk von Konrad Adenauer Worte der Anerkennung, der Erinnerung und der Würdigung sagen. Ich habe zunächst gezögert; bin ich doch älter, als Adenauer war, als er aus dem Amt des Bundeskanzlers ausschied.

Wenn ich doch die Einladung angenommen habe – natürlich spielte die Eitelkeit von alten Herren dabei eine Rolle –, so aus zwei Überlegungen: Adenauer fing in diesem Alter an, seine Erinnerungen zu schreiben, ein Ansporn also, nun zwar nicht selbst Erinnerungen aufzuschreiben – das möchte ich Ihnen und der Zunft der Fachhistoriker ersparen –, wohl aber das eigene Gedächtnis zu reaktivieren.

Zum andern bewegt mich eine ganz persönliche Bemerkung Adenauers. Vor vierundvierzig Jahren, am 1. Januar 1957, bei der politischen Rückgliederung meiner Heimat, des Saarlandes, begrüßte ich ihn in Saarbrücken nach heftigen Auseinandersetzungen im Parteivorstand mit Dank und Glückwünschen. Seine Antwort: „Sind Sie endlich mal zufrieden mit mir?“

Nun, der Zufriedenheit Ausdruck zu geben möchte ich heute versuchen, in der Hoffnung, dass auch er mit dem hier Vorzutragenden zufrieden sein möge.

In der Erinnerung des jungen Volkswirts, der im Sommer 1947 aus englischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war und im Februar 1948 dem damaligen Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der CDU-Landtagsfraktion vorgestellt wurde, war der Name Adenauer ein fester Begriff: Bei uns Primanern der 20er Jahre hatte er einen legendären Klang: ein Oberbür-

* Festvortrag im Rat der Stadt Köln am 5. Januar 2001. In leicht erweiterter Fassung vorgetragen am 12. Januar 2001 unter dem Titel „Konrad Adenauer: ein Kölner Bundeskanzler – ein Kölner Europäer“ bei der 25. Tagung des „Krone/Ellwanger-Kreises“ ehemaliger Parlamentarier und Repräsentanten der Unionsparteien, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung alljährlich nach Schloss Eichholz (Wesseling) einlädt. Wir dokumentieren hier die am Geburtstag Konrad-Adenauers in feierlicher Sitzung des Rates der Stadt Köln vorgetragene Fassung. Die Festsitzung des Kölner Rates, eine Gedenkveranstaltung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf am selben Tag und ein Pontifikalamt im Kölner Dom eröffneten das „Konrad-Adenauer-Jahr 2001“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Verlauf dieses Jahres mit zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen das Leben und Werk des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

germeister in Köln, der in der Neugestaltung der Stadt beinahe Unglaubliches zustande gebracht hatte: Universität, Rheinhafen, Mülheimer Hängebrücke, Pressa mit Messehallen und Grüngürtel mit Fußballstadion – genug, um Klassenausflüge nach Köln zu rechtfertigen. Und für Pennäler geradezu aufregend: Hinter vorgehaltener Hand erzählte man sich: Der verdient sogar mehr als der Reichskanzler.

Von den Auseinandersetzungen zwischen dem Kölner Oberbürgermeister und Berlin erfuhren wir im Saargebiet nicht viel. Wohl wurde das ärgerliche Wort von Stresemann, dem langjährigen Außenminister, kolportiert, dass die Oberbürgermeister die wahren Könige in der Weimarer Republik seien.

Und französische Pressestimmen wurden zitiert, wie die im Pariser „Le Temps“ vom 1. Juni 1921 – ich zitiere –: „Das wahre Monument von Köln ist sein Bürgermeister. Er könnte eines Tages den Platz des Reichskanzlers einnehmen, und niemand in Deutschland würde sich darüber wundern.“

Es war natürlich auch in Frankreich nicht unbekannt geblieben, dass Adenauer in den verschiedenen Regierungskrisen der Weimarer Republik als möglicher Reichskanzler im Spiel war. Aber die konkreten Aufforderungen hat er schließlich abgelehnt. Man mag das aus heutiger Sicht als Ausdruck seiner Fähigkeit ansehen, abwarten zu können, Geduld zu haben.

Sicher waren auch die politischen Konstellationen nicht gerade einladend für einen Mann, der nicht nur verwalten, sondern auch gestalten wollte. Dazu aber brauchte er eine stabile Macht- und Arbeitsbasis wie in Köln, die ihm jedoch nicht die Koalitionsregierungen nach Berliner Art bieten konnten. Man vergleiche nur die Länge seiner Amtszeit in Köln mit dem ständigen Regierungswechsel im Reich: Von 1919 bis 1933 20 Koalitionsregierungen mit 12 Reichskanzlern!

Als Student habe ich in der Verwaltungsgeschichte gelernt, was die Besonderheit der Rheinischen Städteordnung war: Der von der Stadtverordnetenversammlung gewählte Oberbürgermeister war der alleinige Repräsentant und Chef der Stadtverwaltung – nicht wie in der Preußischen Städteordnung der kollegial verantwortliche Magistrat. Kein Wunder, dass das Oberbürgermeisteramt in den rheinischen Städten begabte und starke Persönlichkeiten anzog.

Die Begegnung im Februar 1948 war von Franz Etzel veranlasst worden. Er war von Adenauer beauftragt worden, einen Wirtschafts- und Sozialausschuss der CDU in der britischen Zone zu bilden. Es war der Auftakt zu unserer Arbeit an einem Programm für die Soziale Marktwirtschaft. Den stärksten Auftrieb erfuhr diese Arbeit durch den Erfolg der Erhardschen Reform in Verbindung mit der Währungsreform, begleitet von den Entscheidungen im Parlamentarischen Rat mit der Formulierung der Grundrechte: persönliche Freiheit, Freiheit der Berufsausübung, Privateigentum usw.

Unter Adenauers Vorsitz nahm der Zonenausschuss der CDU im Februar 1949 die Grundzüge des Programms an. Adenauer hatte Erhard eingeladen,

der in einer seiner besten Reden ein Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft vortrug.

Die hervorragende Wirkung erleichterte es Adenauer, die Widerstände gegen Erhard, der dem Zonenausschuss nicht angehörte und zu dieser Zeit auch noch nicht Mitglied der CDU war, zu überspielen. Die endgültige Fassung des Programms wurde wenig später in Düsseldorf als Wahlprogramm für die bevorstehende Wahl zum ersten Bundestag verkündet.

Für uns, die wir daran beteiligt waren, waren diese Düsseldorfer Leitsätze mehr. Als letzter Überlebender der Redaktion darf ich sagen, dass dieses Programm eine Art Leitfaden für die künftige Wirtschaftsordnung sein sollte – und es schließlich auch wurde.

Der Unterschied der Temperamente war allerdings nicht zu übersehen: Erhard sprach als Missionar einer ordnungspolitischen Gesamtkonzeption, Adenauer entschied als Praktiker, der den unentbehrlichen Beitrag der erhardischen Konzeption zum Wiederaufbau und zur Überwindung der Nachkriegsnot erkannte, zugleich aber auch die werbende Wirkung für die bevorstehende Bundestagswahl richtig einschätzte.

Welchen Rang hatte die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Adenauers politischen Zielen? Golo Mann hat einmal von einer „Instrumentalisierung der Wirtschaftspolitik“ gesprochen. Ja, stimmt. Aber instrumentalisiert zu welchem Zweck? Selbstzweck oder im Dienste einer Politik, einer gesellschaftlichen, einer sozialen Konzeption?

Adenauer hatte zu der Frage nach der besten Wirtschaftsordnung bestimmt kein von Lehrmeinungen oder Dogmen geprägtes Verhältnis. Dies ist wiederholt umschrieben worden mit der Formulierung, dass er Pragmatiker war. Die freiheitliche Wirtschaftsordnung gehörte für ihn eben zu dem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat. Ob sie nun mehr oder weniger einer bestimmten nationalökonomischen Schule entsprach, kam auf die gegebene Situation und ihre Erfordernisse an.

Die Wirtschaftspolitik stand im Dienste der Sicherung des jungen Staatswesens, seiner freiheitlichen Ordnung und seiner Anbindung an die freiheitliche westliche Staatenwelt.

Der Weg in das Amt des Bundeskanzlers führte über den Vorsitz im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz für die Vereinigung der drei westlichen Besatzungszonen auszuarbeiten hatte. Kein Geringerer als Carlo Schmid, Spitzenrepräsentant der SPD und Vorsitzender des Hauptausschusses im Parlamentarischen Rat, hat die Rolle Adenauers gerühmt. Er hat noch vor Beendigung der Arbeit am Grundgesetz dem Rat eine „Parlamentarische Elegie“ gewidmet; er besang das Gremium im klassischen Versmaß:

Hoch über allen thront Konrad,
dem sinnenden Gotte vergleichbar,
und wie es Fürsten geziemt,
mischt er sich selten dem Volk.
Fast ins Gewölk entrückt,
spinnt kunstreicher Hand er die Weisheit,
die er zu köstlichem Hort sich gestapelt,
als er lenkte Coloniens Geschick.

Prosaischer, aber doch mit anerkennendem Respekt urteilt Carlo Schmid später in seinen „Erinnerungen“: „Konrad Adenauer fühlte sich weniger als Verfasser von Gesetzestexten denn als der Mann, von dem es abhing, dass der Parlamentarische Rat seinen Auftrag zu einem Abschluss bringen konnte ... Er war darauf bedacht, kraft seines parlamentarischen Amtes als der demokratisch legitimierte Sprecher des deutschen Volkes in den Westzonen zu gelten. Es leidet keinen Zweifel, dass ihm dies einen höheren Rang in der politischen Achtung der Deutschen verschafft hat. Ich glaube nicht, dass Konrad Adenauer seine politische Rolle in der Bundesrepublik so schnell hätte spielen können, wäre er nicht zuvor Präsident des Parlamentarischen Rates gewesen.“

So weit Carlo Schmid.

Adenauers Meisterschaft in der Leitung von Verhandlungen und im Vorsitz der verschiedensten Gremien – ob Parlamentarischer Rat, Fraktions- und Parteivorstand, später Bundeskabinett – blieb durch die Jahre hindurch anerkannt und wohl auch beneidet. Sie ließ den souveränen Stil des ehemaligen Oberbürgermeisters erkennen, wie denn auch gelegentlich gegrollt wurde, er habe den Ausschuss mit der Kölner Stadtverordnetenversammlung verwechselt.

Die Teilnehmer an unzähligen Sitzungen unter seinem Vorsitz erinnern sich besonders gern, wenn der Vorsitzende mit rheinischem Mutterwitz vorlaute Diskussionsredner abblitzen ließ oder verfahrene Diskussionsknäuel durchschlug. Dann kam auch seine überraschend reiche Kenntnis von Zitaten aus der deutschen Literatur zur Geltung.

Ein Beispiel darf hier nicht fehlen: Es wurde heftig diskutiert, ob die CDU eine Spendenaktion bei den Mitgliedern starten sollte. Gegen ablehnende Stimmen antwortete Adenauer plötzlich mit einem allgemein kaum bekannten Goethe-Epigramm:

Mann mit zugeknöpften Taschen,
dir tut keiner was zulieb.
Hand wird nur von Hand gewaschen.
Wenn du nehmen willst, so gieb!

Allzu eifrige, ehrgeizige Mitglieder liebte er mit Sonderaufträgen zu beschäftigen. Viel herausgekommen ist dabei meist nicht. Die so Ausgezeichneten

waren eher Minenhunde in gefährlichem Gelände. Und Adenauer konnte den Versuch abblasen, ehe es zu einer Abstimmungsniederlage gekommen wäre.

Noch war damals die Parlamentsarbeit nicht durch die später üblich gewordenen Koalitionsverträge eingeschränkt. Traten bei der parlamentarischen Beratung innerhalb der Fraktion oder der Koalition Kontroversen auf, so konnte sich Adenauer nächtelang in Kompromissverhandlungen um die Einigung bemühen. Dabei war er bestens präpariert durch die Vorlagen, die ihm die Mitarbeiter im Bundeskanzleramt lieferten – nicht selten besser, auch in strittigen Detailfragen, als der Fachminister.

Adenauer nahm für sich auch das Recht in Anspruch, „sachverständige Einzelpersonlichkeiten“, wie er es nannte, heranzuziehen, um unabhängig von dem Fachministerium informiert zu werden. Versuche etwa des Wirtschaftsministers, dabei mit eingeschaltet zu werden, wies er deutlich zurück: „Sie können nicht erwarten, das Sie das Recht haben zu kontrollieren, mit wem ich Gespräche führe“, schrieb er einmal an Erhard.

Hier sprach der frühere Oberbürgermeister, wie er es im Verhältnis zu seinen Beigeordneten gewohnt war.

Ich kann hier nicht näher auf die Intim-Gegnerschaft Adenauer–Erhard eingehen. Ich wiederhole nur, was ich vor einigen Jahren über Erhard sagte: Trotz aller Spannungen hielt sie das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung zusammen.

Hier ist, meine Damen und Herren, auch an die Einstellung Adenauers zu Fürst Bismarck zu erinnern. In Köln ist dies ein Wagnis; ich weiß es. In einem Elternhaus, das die Reichsgründung von 1871 freudig bejaht hatte, brachten die inneren Konflikte im Bismarckreich die Ernüchterung. Adenauers Kinderjahre fielen in die spannungreichen Jahre des Kulturkampfes und der Sozialistenverfolgung. Noch in hohem Alter erzählte er von Vorgängen, die gerade bei dem als liberal geltenden rheinischen Katholizismus zur inneren Opposition geführt hatten.

Von hier aus ergeben sich Grundzüge der Innenpolitik, die der spätere Bundeskanzler entwickelte: die Überwindung der konfessionellen Zwietracht und die Einbindung der Arbeiterbewegung in ein positives Verhältnis zum Staat. Den ersten Initiativen zur Vereinigung von Katholiken und Protestanten in einer neuen Volkspartei gab er kräftigen Auftrieb: Als Parteivorsitzender war er stets darauf bedacht, die Eiferer auf beiden Seiten nicht zu laut werden zu lassen.

In der Erinnerung an die Versäumnisse Bismarcks und unter dem Einfluss der katholischen Soziallehre ging er die Arbeiterfrage an. Die soziale Frage war in den Trümmern Deutschlands angesichts der Entwurzelung von 15 Millionen Heimatvertriebenen und Kriegssopfern weit über die Arbeiterfrage hinaus gewachsen. Ich kann hier nur Stichworte nennen: Zerstörung der Städte,

Währungsverfall, Lastenausgleich, Wohnungsbau, Kriegsopferversorgung – um das Ausmaß der inneren Neuordnung zu kennzeichnen.

Erhards Wirtschaftsreform schuf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Sanierung. Adenauers Handschrift war in den wichtigsten sozialpolitischen Entscheidungen spürbar, nicht zuletzt in der Heranziehung der Arbeiterbewegung durch die Mitbestimmungsgesetze. Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung war schließlich durch sein ganz persönliches Engagement geprägt.

Man hat Adenauer schon nach wenigen Jahren als Bundeskanzler mit Bismarck verglichen. Ich stehe nicht an, den Leistungen in der inneren Stabilisierung des neuen Staatsgebildes einen höheren Rang beizumessen.

Auch der Neubau des Staates nach völliger Zerstörung und die Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Konzert der Mächte geben uns zu denken: Das war nicht wie die Reichsgründung von 1870/71 getragen von militärischer Macht nach einem siegreichen Kriege, sondern musste in der Ohnmacht einer furchtbaren Niederlage mit Geduld, Bescheidenheit und kluger Ausnutzung der politischen Wechsellagen erarbeitet werden.

In dieser Ausgangslage ist Adenauers Europapolitik zu sehen. Die Erlangung gesamtstaatlicher Autonomie, der vollen Souveränität und Gleichberechtigung, zugleich aber die Sicherung der äußeren und inneren Freiheit war die alles überschattende Aufgabe. Der „Kalte Krieg“, verschärft mit der Berliner Blockade 1948/49, eröffnete die Chance, in dem Verhältnis zu den Westmächten ein höheres Maß von Anerkennung zu erreichen.

Der von der jungen Bundesrepublik erwartete Beitrag zur westlichen Verteidigung und die Einbeziehung in das amerikanische Wiederaufbauprogramm für Westeuropa, der Marshall-Plan, wurden von der Regierung Adenauer zielstrebig genutzt. Sie waren von der Frage nach der Organisation und dem Selbstverständnis der europäischen Staaten aber nicht zu trennen.

Während der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik heftig umstritten war, wurde die europäische Bewegung von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung getragen. Die europäische Einigung, in früheren Zeiten ein Kriegsziel der Sieger, war nun die Hoffnung der Besiegten.

Köln ist in den 20er Jahren einer der Brennpunkte in der Diskussion um die Zukunft Europas nach den Wirren der ersten Nachkriegsjahre und nach dem verhängnisvollen Ruhrkonflikt. Die Auseinandersetzungen um die französische Sicherheitspolitik, die Gefährdung Kölns und des Rheinlandes während der französischen Rheinlandbesetzung hatten das deutsch-französische Verhältnis zu einem Schlüsselproblem für die Neuordnung Europas werden lassen.

Dem Streit um die Ruhrkohle will der Kölner Oberbürgermeister durch eine wirtschaftliche Verständigung ein Ende bereiten. Der Reichsregierung schlägt

er 1925 eine wirtschaftliche Verflechtung der Montanindustrien beider Länder und eine Zollunion vor.

Er ist Vorstandsmitglied der Paneuropa-Union, lädt 1930 gleich zwei Redner nach Köln ein: den Lothringer Graf Jean de Pange und den amerikanischen Unternehmer Danny Heineman. Jean de Pange gehörte der katholischen Erneuerungsbewegung in Frankreich an und sprach über „Staat und Kirche in Frankreich“. Er ist aber vor allem für die Deutschen als ein Hauptgegner des lothringischen Publizisten Maurice Barrès wichtig, der der Wortführer der Annexionisten in der französischen Rheinlandpolitik der ersten Nachkriegsjahre war.

Heineman sprach über das Thema „Skizze eines neuen Europa“. Der temperamentvolle Geschäftsmann, der später in der Zeit der politischen Gefährdung zu den wenigen helfenden Freunden Adenauers gehören wird, beklagte den Konflikt zwischen den wirtschaftlich-technischen grenzüberschreitenden Vorgängen und der kleinräumig nationalstaatlich orientierten Politik.

„Dieser Gegensatz der Politik und der Wirtschaft ist die große Krankheit Europas“, so klagt er. Über die fortschreitende Zusammenarbeit müssten – so Heineman – die administrativen wirtschaftlichen technischen und finanziellen Voraussetzungen eines späteren Europäischen Bundes geschaffen werden.

Es ist öfters die Frage gestellt worden, ob Robert Schuman in diesen Jahren mit Adenauer schon in Verbindung stand. Tatsächlich sind die beiden aber erst im Oktober 1948 zusammengekommen. Der französische Außenminister wollte den als kommender Mann geltenden Präsidenten des Parlamentarischen Rates kennen lernen. Beide – in ihren Studentenjahren in katholischen Korporationen aktiv – fanden leicht zueinander in dem Bestreben, eine deutsch-französische Aussöhnung herbeizuführen, wozu die wirtschaftliche Verflechtung, mit Kohle und Stahl beginnend, der erste Schritt sein sollte. Es galt, einen Rückfall in dem Kampf um die Ruhrkohle wie im Ruhrkonflikt von 1923 zu vermeiden.

Genau diese Überlegung bewog den Berater Robert Schumans, Frankreichs Planungskommissar Jean Monnet, Anfang 1950 seinem Minister zu sagen: Der Frieden kann nur auf Gleichheit gegründet sein. Wir haben 1919 die Gelegenheit zum Frieden verpasst, weil wir Diskriminierung und den Geist der Bevormundung ins Spiel gebracht haben. Wir sind jetzt dabei, die gleichen Irrtümer zu begehen.

Robert Schuman und Jean Monnet leiteten den Kurswechsel der französischen Deutschlandpolitik mit der Erklärung vom 9. Mai 1950, dem Schuman-Plan, ein. Was Adenauer seit den 20er Jahren vorgeschwebt hatte, wurde eingeleitet: Die Aussöhnung beider Länder und die deutsch-französische Verständigung wurden zum Kernstück der europäischen Integrationspolitik.

Die Montanunion, wie die aus dem Schuman-Plan hervorgehende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bald abgekürzt genannt wurde, wurde

Ausgangsbasis und, was die institutionelle Ausgestaltung angeht, Kern der weiteren Integrationsformen.

Es mag wohl die Erinnerung an den Ruhrkonflikt von 1923 gewesen sein, wenn Adenauer für die Montanunion ein auffälliges Interesse hatte, vor allem nach dem Ausbruch der Kohlenkrise.

Ich war im Sommer 1959 von der Bundesregierung als Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion nach Luxemburg entsandt worden. Adenauer bat um baldigen Besuch zu einem längeren Gespräch, das in seinem Ruheraum im Palais Schaumburg stattfand. Er hatte beim Boccienspiel einen Fuß verknackst und musste liegen. Der Gast musste beim Wechseln des kühlenden Umschlags behilflich sein.

Für den privat genutzten Raum im Bundeskanzleramt musste Adenauer übrigens Miete zahlen. Es folgten viele Gespräche, als in der Kohlenkrise die Bundesregierung mit den Hilfen für den Kohlenbergbau mehrfach in Konflikt mit der Hohen Behörde kam, wobei Adenauer mehr an vertragskonforme Lösungen dachte als das Bundeswirtschaftsministerium, das in der Kohlenfrage entgegen der sonstigen Wettbewerbsphilosophie des Hauses ausgesprochen kartellfreundlich war.

Die Montanunion sollte der erste Schritt zu einer für die Erhaltung des Friedens in Europa notwendigen Föderation sein. Groß war die Enttäuschung bei Adenauer wie bei Robert Schuman, als der nächste Schritt, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, im Sommer 1954 an der Ablehnung in der französischen Nationalversammlung scheiterte.

Die Fortsetzung der Integrationspolitik mit den Römischen Verträgen, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom wurde zwar begrüßt, aber Adenauer hatte weiterhin die Sorge, dass über den ökonomisch-technischen Elementen der Integration die eigentliche politische Zielsetzung, nämlich die politische Einigung in einer Europäischen Union, vernachlässigt würde. Zu dieser Sorge gab das ständige Drängen Ludwig Erhards, Großbritannien zu beteiligen, Anlass.

Auch war Adenauer nicht verborgen geblieben, dass Walter Hallstein, der erste Präsident der EWG-Kommission, in Paris mehr und mehr auf Kritik stieß. Der politischen Zielsetzung mehr Gewicht zu geben, war sicher auch die Absicht des deutsch-französischen Vertrags, den Adenauer mit de Gaulle 1963 abschloss; eine Antwort auf die Aufweichtendenzen, die er in der wieder auflebenden Diskussion um den Beitritt Großbritanniens und um eine große europäische Freihandelszone befürchtete. Der Perfektionismus der sich entwickelnden europäischen Bürokratien war ihm zutiefst suspekt.

Die Römischen Verträge konnten die politische Einigung nicht ersetzen, auch wenn sie die so genannte Westbindung der Bundesrepublik zunehmend verstärkten.

Die innenpolitische Diskussion flammte immer wieder auf um die Frage: Verhindert die zunehmende Integration der Bundesrepublik in die westeuropäische Integration nicht die angestrebte Wiedervereinigung der aus der Nachkriegsbesetzung hervorgegangenen beiden Nachfolgestaaten? Zugespitzt lautete die Frage: West-Integration oder Wiedervereinigung? Für Adenauer lautete die Antwort eindeutig: keine Wiedervereinigung ohne West-Integration. Er hatte die feste Überzeugung, dass die Einbindung der Bundesrepublik in die Wirtschaftsordnung der freien Welt für deren Sicherheit und für den Frieden unerlässlich sei und dass eines Tages auch die Sowjetunion diese Realität erkennen werde.

Bis dahin empfahl er: „Geduld ist und bleibt die stärkste Waffe der Besiegten, und wir sind doch noch immer ein besiegt Volk“. So meinte er auf dem Parteitag der CDU im März 1966. Seine letzten großen Reden auf dem Parteitag 1966 und noch im Februar 1967 in Madrid galten der deutschen Zukunft in Europa: „Wir bleiben dabei, dass Deutschland in Frieden wieder vereinigt werden muss ... Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, dass diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist. Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen!“

Meine Damen und Herren, ein politisches Testament? Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung stehen wir staunend vor dieser Zukunftsvision. War es nur Wunschdenken des alten Mannes?

Ich neige zu einer anderen Interpretation. Am Ende eines langen Lebens, geprägt und bereichert durch insgesamt dreißig Jahre an Schaltstellen politischer Verantwortung und Macht, aber auch durch zwölf Jahre persönlicher Gefährdung und Demütigung, verfügte Adenauer über einen Schatz an Erfahrungen, an Menschenkenntnis und an Einsichten, die ihn weit über das Tagesgeschehen hinaus in langen Zeiträumen an langfristige Entwicklungen denken ließen.

Darin liegt auch der wesentliche Unterschied zu der kurzsichtigen Diskussion, wie sie auch jetzt wieder geführt wird, mit der Fragestellung: Hat Adenauer die Wiedervereinigung jemals gewollt? – Wer so fragt, der sei an eine historische Erfahrung in unserem Nachbarland erinnert. Als Frankreich 1871 Elsass-Lothringen verloren hatte, war die Rückgewinnung das erklärte Ziel aller politischen Kräfte. Aber befolgt wurde der Grundsatz: Immer daran denken, aber nicht davon sprechen!

Bei uns war es mit der Wiedervereinigung in der Schlagzeilen-Publizistik Jahrzehnte hindurch genau umgekehrt: „Ohne zu denken immer davon sprechen“. Das war das Phänomen, das wir in den vergangenen Jahren immer wieder zu bekämpfen und zu vermeiden hatten.

Wie soll ich die Einsichten Adenauers in seinen letzten Jahren besser kennzeichnen? Ich denke immer an ein Wort des dänischen Religionsphilosophen Kierkegaard. Es mag den Rückblick des alten Mannes und seine Zukunftshoffnung erklären:

Das Leben wird im Rückblick verstanden, aber nach vorne gelebt!